

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

28.7.1925 (No. 172)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 958 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3618.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Knecht, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, dringender Mitteilung und Konkurrenzverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die deutschen Seehafen-Ausnahmetarife

Man schreibt uns: Auf Grund des Versailler Vertrages haben wir Belgien für Verfrachtungen von und nach seinen Seehäfen, insbesondere Antwerpen, auf den deutschen Eisenbahnen zahlreiche Frachtergünstigungen gewähren müssen. Vier Warengruppen kommen dabei hauptsächlich in Frage: 1. Eisen und Stahl, 2. Glas und Rohglas, 3. Papier und Pappe, 4. Schiefer. Nicht zuletzt hierdurch hat sich der Hafenverkehr in Antwerpen nach dem Kriege wieder derart glänzend entwickelt, daß er zum erstenmal den Hamburger übertrifft und ihm die Stelle des ersten Kontinentalhafens freitig machen konnte. Naturgemäß schauten die holländischen Häfen Rotterdam und Amsterdam eifersüchtig auf diese Vergünstigungen. Die deutsche Regierung trat im Interesse eines guten Einvernehmens mit dem befreundeten Staat den Wünschen der holländischen Häfen durch eine Reihe von Tarifermäßigungen Rechnung, durch die bereits den deutschen Häfen Emden, Bremen und Hamburg ein sehr empfindliches Schaden zugefügt, aber in Holland nur der Appetit noch mehr erweckt wurde. Die holländischen Klagen wurden nur noch lauter, nach dem die deutsche Regierung bzw. Eisenbahnverwaltung durch Stabilisierung unserer Währung in den Stand gesetzt worden war, die Politik der Frachtermäßigung für Transporte nach den deutschen Seehäfen wieder aufzunehmen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Politik nötig ist, um einerseits unsere Ausfuhr zu steigern, andererseits durch Hebung des Verkehrs der deutschen Häfen und der Erträge unserer Schifffahrt die traurige Passivität unserer Handelsbilanz zu bessern. Dabei blieben diese Tarifermäßigungen noch immer weit hinter denen der Vorkriegszeit zurück. Die Folge aber war, daß die holländische Regierung dieser Tage nunmehr einen förmlichen Antrag an die deutsche Reichsregierung gestellt hat auf vollständige Gleichstellung der niederländischen mit den deutschen Seehäfen. In einer Urkunde in der holländischen Kammer, die den Antrag zu diesem Vorhaben gegeben hat, heißt es, daß die deutsche Regierung schon vor Jahresfrist den holländischen Seehäfen Zusagen für eine befriedigende Lösung dieser Angelegenheit gemacht habe, und Belgien geniesse noch vorteilhaftere Tarife als Holland. Zugleich wird auf die holländische Kreditkrisis von 140 Millionen hingewiesen, für die man Gegenstände von Deutschland erwarten könne. Die holländische Presse sprach sogar in heftiger Weise von einer „internationalen Kreditkrisis“ und von deutscher „Landsbarkeit“.

Von Natur neigen der Westen und Südwesten Deutschlands weit mehr zur Seeverfrachtung über die nächstgelegenen holländischen und belgischen als über die deutschen Häfen. Die Entfernung Essen—Hamburg zur Entfernung Essen—Antwerpen bzw. Rotterdam verhält sich wie 8:5. Würde aber Deutschland durch Erfüllung der holländischen Forderungen selber die Voraussetzungen für hemmungslöse Ausfuhr dieser Güter schaffen, so würde es die deutschen Nordseehäfen Emden, für dessen Hebung es ungeheure Summen aufgewendet hat, Bremen und Hamburg durch Zulassung weiterer Frachten auf fremde Häfen und fremde Schiffe in unerträglicher Weise schädigen und damit unsere Zahlungsbilanz weiter schwer belasten.

In deutschen Wirtschaftskreisen fordert man den völligen Abbau sowohl der belgischen wie der holländischen Tarifermäßigungen. Man ist der Auffassung, daß der 10. Januar 1925 nicht die allgemeine handelspolitische, sondern auch die tarifpolitische Bewegungsfreiheit wiedergegeben hat, so daß auch der § 325 des Vertrages wirkungslos geworden ist, der uns verpflichtet, alle den deutschen Seehäfen gewährten Tarifermäßigungen auch den Ententehäfen zugute kommen zu lassen. Holland konnte als Nicht-Ententestaat ohnehin bisher keinerlei Forderungen stellen. Deutschland hat nur geglaubt, ihm aus allgemein-politischen Gründen entgegenkommen zu müssen. Wenn wir heute auch Holland gegenüber von dieser wiedergewonnenen Tarifhoheit Gebrauch machen, so kann sich Holland dabei auch nicht auf seine Nachkriegskrisis in Deutschland berufen, die es wesentlich zur Belebung des eigenen Handelsverkehrs mit Deutschland bewilligt hat. Eine rein wirtschaftliche Behandlung dieser Tariffrage kann und Holland unterweniger bedenken, als es zur Förderung seiner Häfen eine Protektionspolitik treibt, die sogar bis zu völligen Frachterlässen geht. Es wird selbstverständlich Deutschland gleiches Recht zugestehen müssen, da es auch nicht in der Lage ist, durch etwaige Frachtergünstigungen für holländische Waren nach deutschen Seehäfen wegen der geringfügigkeit dieses Verkehrs irgendwelche Gegenleistung zu üben. Als Geschäftsunternehmen kann die deutsche Eisenbahnverwaltung aus reinen Rentabilitätsgründen unter Ausschaltung aller politischen Momente die nötig gewordene Aufhebung sowohl der belgischen wie der holländischen Ausnahmetarife verlangen.

Man könnte die ganze Frage wohl noch eine zeitlang hinstellen, um dann, wenn Belgien sich nicht fügen, ein Schiedsgericht anzurufen, das dann günstigeren Ausichten für uns hätte. Andererseits gibt es Gründe, die Angelegenheit eilig zu behandeln, da bereits weitere Staaten Mienen machen, dieselben Vergünstigungen zu fordern und damit den Schaden für den deutschen Seeverkehr und die deutsche Volkswirtschaft immer weiter zu steigern. Es bleibt daher nichts anderes übrig als tabula rasa zu machen. Gewiß werden sich für die Wirtschaft der belgischen Gebiete dadurch nicht unempfindliche Nachteile ergeben. Da aber die Frachten schließlich vom Käufer getragen werden müssen, und die auf dem Spiel stehenden nationalwirtschaftlichen Werte außerordentlich hoch sind, so wird man sich auch in Rheinland-Westfalen und Süddeutschland den Notwendigkeiten des Schutzes des nationalen Seeverkehrs nicht verschließen, der in allen Nationen heute als eine Selbstverständlichkeit gilt.

Deutscher Reichstag Die Steuerdebatten

W.D. Berlin, 27. Juli.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Er widmet dem gestern verstorbenen kommunistischen Abg. Eichhorn einen Nachruf.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Steuervorlagen.

Im Namen der Regierungsparteien gibt Abg. Dr. Oberfohren (D. Sp.) eine gemeinsame Erklärung ab des Inhalts, die Regierungsparteien hätten sich trotz schwerer Bedenken gegen Einzelheiten der Gesetze entschlossen, den Vorlagen zuzustimmen. Die Lasten für die Wirtschaft und die einzelnen Steuerzahler wären geradezu unerträglich hoch, aber die Finanzlage des Reiches und die schweren Reparationslasten ließen leider eine weitere Milderung nicht zu. An das Ausland müsse die dringende Mahnung gerichtet werden, einen vollständigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft dadurch zu verhindern, daß man mehr Mühe auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, das verringerte Einkommen des deutschen Volkes und seine sozialen Lebensnotwendigkeiten nehme. Besonders schmerzhaft war den Parteien, daß die Finanzlage des Reiches den späteren Abbau der Umsatzsteuer nicht erlaube. Die Parteien äußern eindringlich den Wunsch, daß die Regierung in eine eingehende Prüfung der Frage eintritt, in welcher Weise das System der Umsatzsteuer geändert werden kann. Die Regierungsparteien haben den sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen durch eine wesentliche Verstärkung des Kinderprivilegs. Mit dem Finanzausgleich ist den Bedürfnissen der Länder und Gemeinden mehr als bisher Rechnung getragen worden. Wir müssen aber die erste Mahnung zur Sparsamkeit richten vor allem an die Gemeindeverwaltungen. Auch da müssen die Ausgaben den Einnahmen angepaßt werden. Das Reich muß in der Steuerpolitik den Vorrang behalten. Trotz aller Bedenken im einzelnen stimmen die Regierungsparteien der Vorlage zu in der Erwartung, daß auch sie helfen werde zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Ferry (Soz.): Eine gesunde Steuerreform hätte davon ausgehen müssen, daß zur Förderung der deutschen Wirtschaft vor allem die Stärkung der inneren Kaufkraft der breiten Massen notwendig ist. Die Regierungsparteien haben aber umgekehrt den Weg eingeschlagen. Bei dem Finanzausgleich sind dieselben Rechtsparteien, die früher ausgesprochenen Föderalisten waren, plötzlich zu begeisterten Antiföderalisten geworden und betonen immer wieder die Steuerhoheit des Reiches. Noch vor knapp einem Jahre hat ein Führer der Deutschnationalen den Standpunkt vertreten: Solange wir Reparationslasten tragen, dürfen die deutschen Steuerlasten nicht erhöht werden. Jetzt werden aber die Massensteuern auf Bier und Tabak ohne Not so erhöht, daß wir daraus freiwillig 500 Millionen Goldmark in den nächsten Monaten mehr an die Entente zahlen, als das Londoner Abkommen uns auferlegt. (Hört, hört links!) Diese freiwillige Mehrleistung an die Entente übernehmen die Parteien der Rechten nur, um auf dem Wege einer unerträglichen Mehrbelastung der breiten Massen den großen Besitz zu schonen. Ein Steuerreform, das mehr als vier Fünftel aller Lasten den Besitzlosen und enteigneten Schichten des Volkes auferlegt, wird dauernd den heftigen Widerstand aller leistungsschwachen Kreise hervorrufen. Wir lehnen für dieses Gesetzgebungsmerk jede Verantwortung ab.

Abg. Neubauer (Komm.) bekämpft die Vorlage, die eine unerhörte Bevorzugung des Besitzes und eine unerträgliche Belastung des arbeitenden Volkes sei.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) beklagt, daß die Regierung der an ihrer Steuervorlage geübten Kritik keine Folge gegeben habe. Die Forderung grundsätzlicher Anpassung der Steuerlasten an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei nicht vorgenommen worden. Es sei bedenklich, wenn die Regierungsparteien eine Milderung der unerträglichen Steuerlast nur von ausländischer Hilfe erwarten. Die gegenwärtige Finanzpolitik befinde sich auf einem ganz falschen Wege, weil sie über den tatsächlichen Bedarf hinaus viel zu hohe Steuern aus der Wirtschaft ziehe. Die Lage werde noch verhängnisvoller werden, wenn zu der verfehlten, überspannten Steuerpolitik sich noch eine verfehlte, überspannte Hochschulzollpolitik geselle. Seitdem die Deutschnationalen die Wirtschaftspolitik der Regierung führen, werde nicht nur auf Preisentzug, sondern auf Preiseraufschlag hingewirkt. Die gegenwärtige Finanzpolitik würde einen durchgreifenden weiteren Steuerabbau durchaus gestatten. Wir könnten mit einem Überschuß von mehr als einer Milliarde rechnen. Der Redner trat zum Schluß für einen finanzwirtschaftlichen Sachverständigenausschuß ein, der den Weg für eine wirkliche große Finanzreform ebnen solle. Die gegenwärtige Steuerreform sei höchst unbefriedigend und bilde nur einen kurzfristigen und anglickischen fiskalischen Versuch.

Reichsfinanzminister v. Saldern: Ich habe schon im Ausschuß den Vorwurf widerlegt, daß ich Fiskalismus und Defizitarierpolitik triebe. Bei der gegenwärtigen unsicheren Wirtschaftslage ist es aber notwendig, bei den Reichsfinanzen vorzujogeln. Mit den jetzt festgestellten Überschüssen müssen wir bis zum Ende des Jahres leben. (Abg. Dr. Fischer, Dem.: Sie gehen auf keine meiner Zahlen ein). Das behalte ich mir für später vor.

Abg. Schröder-Wedelburg (Köf.) erklärt, er könne sich den Ausführungen des Abg. Dr. Fischer anschließen. (Aufrechter): Die neue Einheitsschicht der Nationalen und Demokraten. Wir entscheiden immer nach sachlichen Gesichtspunkten und sind in vielen Dingen demokratischer als Sie (nach rechts). Der Redner bekämpft an der Vorlage besonders die Aufrechter-

haltung des Erbbergerischen Steuersystems mit seiner Zentralisation. Die Deutschnationalen hätten in diesen Fragen der Außenpolitik alle ihre Grundzüge über Bord geworfen, seitdem sie in der Regierung sind.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt Vertagung der Aussprache über die Einkommensteuer. Die Vertagung sei notwendig, weil die Regierungsparteien die Oppositionsparteien mit einem neuen Antrag zur Einkommensteuer überzumpeln wollen.

Abg. Dr. Ders (Soz.) schließt sich diesem Antrag an, während die Abg. Gerike (Dnl.) und Antenkampff (D. Sp.) Weiterberatung vorschlagen.

Als der Vizepräsident Graf erklärt, er erteile zu dieser Geschäftsordnungsdebatte nicht mehr das Wort, erschallen auf der Linken laute Protestrufe.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Linke abgelehnt. (Abg. Höllein, Komm. ruft zum Zentrum: da sind sie schon zusammen, die Heiligen und die Ritter).

Zur Einkommensteuervorlage wendet sich Abg. Eggerstedt (Soz.) gegen die Regierungsvorlage und die Ausschlußbeschlüsse. Die Sachverständigen hätten in dem Gutachten festgestellt, daß in Deutschland der Besitz zu wenig und die breiten Massen zu stark steuerlich belastet seien. Dieser unnatürliche Zustand werde durch die neue Vorlage noch verschärft.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt wiederum Vertagung mit dem Hinweis darauf, daß die Abgeordneten, die vorher für Weiterberatung stimmten, nicht im Saale geblieben seien. Die Abstimmung erfolgt durch Sammelruf. Dabei beteiligen sich die Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten mit Ausnahme ihrer Fraktionsführer Müller-Franken, Koch und Höllein nicht. Es stellt sich Befristungsfähigkeit heraus, da nur 169 mit nein und 6 Abgeordnete mit ja gestimmt haben.

Vizepräsident Graf ruft sofort eine neue Sitzung auf 7 Uhr abends (10 Minuten später) ein.

Die neue Sitzung wird nach 7 Uhr eröffnet. Das Haus geht die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes fort.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) meint, es sei das erste Mal in der gegenwärtigen Reichstagsession, daß ein Gesetz in solcher Mangelhaftigkeit und Unfertigkeit aus den Ausschüssen vor das Plenum gekommen sei, wie das Einkommensteuergesetz. Namentlich der Lohnabzugsparagraf sei so schlecht formuliert, daß die Regierungsparteien selbst sich veranlaßt gefühlt hätten, noch schnell eine neue Fassung dem Plenum zu unterbreiten. Das ganze Steuergesetzgebungsmerk, das der Reichstag morgen verabschieden werde, sei so reformbedürftig, daß der Reichstag schon in Kürze wiederum sich mit dem Steuerproblem beschäftigen müsse. Das seien auch die Kompromißparteien ein, indem sie nicht nur einen neuen Lohnsteuerantrag, sondern noch andere Erleichterungsanträge ankündigten. (Beifall links).

Abg. Neubauer (Komm.) stellt einen Vertagungsantrag. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die Beschlußfähigkeit durch Einmengen der weißen Namenskarten geprüft. Auch die Sozialdemokraten gehen ihre Karten ab.

Vizepräsident Graf stellt fest, daß 268 Stimmlisten abgegeben worden sind, das Haus also beschlußfähig ist. Der Vertagungsantrag wird hierauf in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Abg. Höllein (Komm.) wendet sich unter großer Unruhe des Hauses gegen die Regierungsparteien, die hier einen großen Mangel planten. Als Abg. Höllein eine halbe Stunde gesprochen hat, erklärt Vizepräsident Graf, seine Redezeit sei abgelaufen. Es kommt zu verschiedenen Zwischenrufen. Das Gelächter und die Unruhe halten noch an, als Abg. Höllein nach einer weiteren halben Stunde gegen 9 Uhr seine Rede beendet.

Paragraf 1 des Einkommensteuergesetzes wird dann mit großer Mehrheit angenommen.

Nach 9 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr nachmittags vertagt.

Vor der Vertagung des Reichstags?

Der Astenrat des Reichstages tritt am heutigen Dienstag erneut zu einer Sitzung zusammen, um die Geschäftspläne des Reichstages zu beraten. — Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird wahrscheinlich beschlossen werden, die Reichstagsverhandlungen am Samstag, den 1. August abzubrechen und die Sommerferien einzutreten zu lassen, da es außerordentliche Schwierigkeiten bereitet, das Haus in beschlußfähiger Anzahl zusammenzubringen. Es sollen noch die Steuergesetze in zweiter und dritter Lesung erledigt werden, sowie die dritte Lesung des Stats, gegebenenfalls auch noch die Amnestievorlage. Eine Erledigung der Zollvorlage im Plenum hält man in dieser Tagung für ausgeschlossen.

Vorausichtlich wird der handelspolitische Ausschuß bis Ende der Woche seine Arbeiten in erster und zweiter Lesung abschließen, so daß die Zollvorlage dann in das Plenum gelangen könnte. Die zweite und dritte Lesung im Plenum soll aber erst in einer besonderen Tagung des Reichstages im September erfolgen, die voraussichtlich vom 10. bis 12. September dauern dürfte.

Die „Tägl. Rundschau“ erfährt demgegenüber, daß die Reichsregierung nach wie vor den Wunsch habe, die Zollvorlage noch vor den Sommerferien erledigt zu sehen.

Telephonverbindung Rom—London. Nach Meldungen aus London sind die technischen Arbeiten für eine telephonische Verbindung von London nach Rom über Turin beendet worden, so daß der Verkehr demnächst beginnen dürfte. Binnen kurzem sollen auch die Telephonlinien zwischen Rom—Berlin—Amsterdam und Wien fertiggestellt werden.

Mit der Beilage: Amtliche Ziehungsliste der Geld-Lotterie des Freiburger u. Ulmer Münsters, sowie der St. Lorenzkirche in Nürnberg

das Ergebnis der Maßnahmen der Forstverwaltung abwarten. Zu dem jeweiligen Entwurf eines Reichsgesetzes vertritt die Badische Landwirtschaftskammer den Standpunkt, daß zurzeit kein Bedürfnis für die Erlassung eines besondern Reichsgesetzes besteht.

Das amtliche Album der Internationalen polizeitechnischen Ausstellung

Das amtliche Album der Internationalen polizeitechnischen Ausstellung, das in vornehmer Ausstattung eine große Zahl von Aufnahmen der Ausstellung enthält, ist jetzt erschienen und kann auch im Inland in einzelnen Exemplaren zum Selbstkostenpreis bezogen werden. Nähere Auskunft erteilt Polizeirat Klausmann-Karlsruhe, Ministerium des Innern, Schloßplatz 19.

Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung „Der Zahnarzt“ Karlsruhe 31. 7. — 8. 8. 1925.

Die Arbeiten für die Ausstellung „Der Zahnarzt“ gehen der Vollendung entgegen. Im Rahmen der Tagung finden verschiedentlich Vorträge über Schulhygiene statt, die für Schulbehörden, Lehrer und Eltern von allergrößtem Interesse sein dürften. Mittwoch abend sprechen im Kulagegebäude 2. Stock, Hörsaal 16:

1. Rektor Dertel, Geschäftsführer des deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege: über „Die Bedeutung der Schulgesundheitspflege“.
2. Dr. med. Weisler, Tuberkulose-Beratungsstelle Karlsruhe: über „Schule und Tuberkulose“.
3. Dr. med. Dachtel, Berlin von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Krupfpestums: über den „Hygieneunterricht in der Schule“.

Die Ausstellung wird ein lüdenloses, in solchem Ausmaße bisher noch nicht gezeigtes Bild der wissenschaftlichen Zahnheilkunde zeigen und das Ergebnis einer tiefstehenden wissenschaftlichen Arbeit sein, die das früher nie energisch bearbeitete Gebiet, seiner Bedeutung für den Körper entsprechend, auf die Höhe der übrigen Heilkunde zu bringen sucht. Die Unterfertigten, die Kaiser-Wilhelm-Akademie in Berlin, Landesgesundheitsverwaltung, private und ausländische Sammler beteiligen sich an der Ausstellung. Entsprechende Vorträge und Filmvorführungen vermitteln den Besuchern die Bekanntschaft mit dem notwendigen Wissen und geben besondere Anleitungen zur Verhütung der Krankheitsübertragungen von Mensch zu Mensch. Einen breiten Raum der Ausstellung bildet die Schulgesundheitspflege, die Pflege des Kindermundes und die zweckmäßige Pflege des Mundes der werdenden und der jungen Mutter, sowie des Säuglings. Die Teilnahme der Gesellschaften zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten kennzeichnen am besten die Bedeutung der Ausstellung.

Ein badener Reichsbahnpräsident in Frankfurt. Der Geh. Regierungsrat Dr. Max Moser, der bisher im Reichsverkehrsministerium tätig war, ist mit der Leitung der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. betraut worden. Dr. Max Moser ist 1880 in Tübingen, Amt Vörsach, geboren und besuchte das Gymnasium in Heidelberg. Nach Ablegung seiner Abiturprüfung trat er 1907 in den Dienst der badischen Staatsbahnenverwaltung und war dort bis zum Jahre 1919 tätig, zuletzt als Mitglied der Generaldirektion Karlsruhe. Während des Krieges war er in das Feldbahnenwesen abgeordnet

worden. Im November 1919 wurde er in das Reichsverkehrsministerium berufen.

Die Beisegung des Oberstiftungsrats-Präsidenten a. D. Dr. Stark fand am Montag auf dem Hauptfriedhof unter Teilnahme einer großen Trauergemeinde statt. In der Friedhofkapelle hielt Stadtpfarrer Baum in Vertretung des Defens die Gedächtnisrede. Der Trauerzug, an dem sich auch das Korps Suevia-Freiburg beteiligte, geleitete nun den Sarg zur letzten Ruhestätte. Die Kranzniederlegung eröffnete Oberstiftungsrat Strom für die Beamten des Oberstiftungsrats. Es folgten das Korps Suevia, der Badische Frauenverein, der Verwaltungsrat der St. Vincentius-Krankenanstalten, der Landesverband des Roten Kreuzes und der Verein akademischer Finanzbeamter Badens. Auch die Oberpostdirektion Karlsruhe ließ einen Kranz niederlegen. Der frühere Großherzog von Baden hatte ebenfalls eine Kranzspende übersandt.

Zum Streit im Baugewerbe. Zwecks Herbeiführung eines Verstandes zur Beilegung des Streites im Baugewerbe hatten am Samstag Verhandlungen vor dem Landesoberschlichter hier begonnen, die heute fortgesetzt werden sollen.

Luftverkehr Basel-Berlin. Durch Verbindung bereits bestehender Linien und deren Weiterführung soll jetzt eine Luftverkehrslinie geschaffen werden, die Basel, Stuttgart, Leipzig und Berlin verbinden soll. Bereits Ende dieser Woche wird der Deutsche Aero-Club die neue Luftlinie dem regelmäßigen Betrieb übergeben. Aufstieg in Basel 11 Uhr vorm., an Berlin 5.30 nachm., ab Berlin 7 vorm., an Basel 1.15 nachm. Ein Schnellzug benötigt zur Zurücklegung dieser Strecke 16 Stunden, das Flugzeug nur etwa 6 1/2 Stunden.

Revolte in einer Erziehungsanstalt. In der in der Nachbarschaft gelegenen Erziehungsanstalt Scheidenhardt kam es — lt. „Badische Presse“ — Sonntag Nacht zu einer „Revolte“ der weiblichen Fürsorgezöglinge. Sämtliche 70 Mädchen beteiligten sich an dieser nächtlichen „Demonstration“. Sie vollführten nicht nur einen Hebelärm, sondern schlugen in den Zimmern alles kurz und klein. Schließlich mußte Gendarmerie requiriert werden, der es in kurzer Zeit gelang, Ordnung und Ruhe wiederherzustellen. Als Grund sollen die Mädchen ungenügende Verpflegung angegeben haben.

Gierhandel in der Stadt Karlsruhe. Die Gierhändler und das Tier laufende Publikum machen wir auf die in dieser Nummer enthaltene Bekanntmachung der Polizeidirektion Karlsruhe über den Gierhandel in der Stadt Karlsruhe besonders aufmerksam.

Weiternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom 28. Juli, vormittags 8 Uhr: Die Lage des Tiefdruckgebietes im Nordwesten ist wenig verändert. Sein Kern befindet sich heute morgen über der Nordsee, während ein kleineres Tief sich abgezeichnet hat und gegenwärtig über Süd-Scandinavien liegt. Bei Zufuhr kühler und feuchter Luft in Folge kräftiger Südwestwinde lagen die Temperaturen in Deutschland heute morgen durchweg unterhalb 13 Grad, speziell Baden hatte in der Ebene 10—18 Grad, im Hochschwarzwald 4 Grad Morgentemperaturen. Unter dem Einfluß des Nordwesttiefs wird auch morgen noch in Baden kühles Wetter, verbunden mit einzelnen Niederschlägen, vorherrschen. Doch dürfte in einigen Tagen infolge schon heute bemerkbaren Aufsteigens des Druckes auf der Nordseite der Cyclone allmählich Aufweitung zu erwarten sein. Vorerfahrungen für morgen: Vorderland noch fortdauernd des unbeständigen und kühlen Wetters bei südwestlichen Winden. Strichweise leichte Niederschläge.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus: Heute Dienstag, den 28. und übermorgen Donnerstag, den 30. Juli gelangt der große Ausstattungsschlager „Gräfin Mariza“ in den Originalbesetzung zur Wiederholung. Morgen Mittwoch, den 29. Juli kommt die beliebte Operette „Das Nussknackermädel“ zum letzten Male zur Darstellung. Freitag, den 31. Juli Erstaufführung des Altwiener Singspiels „Das Dreimäderlhaus“ von Franz Schubert. — Postkarten von „Gräfin Mariza“ sind an der Tageskasse und bei sämtlichen Vorverkaufsstellen käuflich zu haben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	28. Juli		27. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.37	168.79	168.44	168.86
Kopenhagen 100 Kr.	97.18	97.42	95.63	95.87
Italien 100 S.	15.32	15.96	15.415	14.456
London 1 Pf.	20.863	20.423	20.372	20.421
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	10.82	10.86	10.71	10.75
Schweiz 100 Fr.	61.42	61.62	61.43	61.63
Wien 100 Schilling	59.067	59.207	59.062	59.202
Prag 100 Kr.	12.425	12.465	12.443	12.75

Zuteilung überall 100 Prozent

Staatsanzeiger

Dem Verband zur Wahrung der Interessen der Kranken, dessen in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losbetriebe in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 28. Juli 1925.
Der Minister des Innern
J. B. Leers

Dem katholischen Jugendheim in Mannheim, dem katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder in Mannheim-Neudorf und dem St. Katharinenstift in Mannheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer gemeinsamen Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 22. Juli 1925.
Der Minister des Innern
J. B. Leers

Bekanntmachung
Die Umfassung der bisherigen abgeordneten Gemarckung Heimsheim von Altheim nach Gerichtsbezirk.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat nach Einholung der staatlichen Genehmigung durch Umschließung vom 23. Mai 1925 Nr. 5557 (Anzeigeblatt für die Erzbischöfliche Freiburg Nr. 16 vom 19. Juni 1925) die auf dem Gebiete der ehemaligen abgeordneten Gemarckung Heimsheim befindlichen Katholiken mit Wirkung vom 1. April 1925 vom Pfarrverband und der katholischen Kirchengemeinde Altheim losgetrennt und mit der Pfarrei und Kirchengemeinde Gerichtsbezirk vereinigt.
Karlsruhe, den 24. Juli 1925.
Der Minister des Kultus und Unterrichts,
J. B. Dr. Schmidt

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen Mittwoch, 29. Juli, abends 7 1/4 Uhr
Die volkstümliche Operette
Das Musikantenmädel
von Georg Jarno
Billets von M. 1.50—5.30 bei F. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brunnert, Kaiserallee, Holzschuh, Werderstraße 48, und an der Tageskasse. 6.548
Donnerstag: Gräfin Mariza

Auf idealem Wege!
Ich wünsche Gedankenaustausch mit geistig hochstehendem, frei- und großdenkendem, charaktervollem, jüngeren oder älterem Mann, Beamten (Stadt oder Land), zwecks geistiger Anregung und evtl. späterer Ehe. Bin hübsche, vermögliche Dame aus sehr gutem Hause, sehr intelligent, in jeder Beziehung gebildet, tüchtige Hausfrau. Idealgewinnete Herzen, welche Freude hätten an einem Briefwechsel Baden-Württemberg wollen ihre Angebote unt. 6.595 an die Exped. d. Karlsru. Zig. richten.

Wohlfahrtspflege in Baden
Amtliche Zusammenstellung
der von Reich und Land zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 erlassenen grundsätzlichen Bestimmungen
Preis 40 Pfennig
Verlag G. Braun in Karlsruhe
Karlsruer Friedrichstraße 14

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 14. Juli 1925 Nr. 7007 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lgd. Nr. 20877 (alt) und 20881 (alt) auf Gemarckung Forzheim gemäß § 16 Abs. 6 O. St. G. verpflichtet sind, an der Neuerteilung der Grundstücke im Gewann „Dillsteiner Scheuerberg“ zwischen Friedenstraße, Feldweg Lgd. Nr. 20876, Stadtwald Dillsteiner Scheuerberg und Grundstück Lgd. Nr. 20916 auf Gemarckung Forzheim nach Maßgabe des vom Stadtrat Forzheim vorgelegten Planes vom 4. September 1924 teilzunehmen. B.350
Forzheim, den 25. Juli 1925.
Bekanntmachung.

Fels = Pilsener ist voller Erfrischung für Tschechen-Pilsener
G.561

Den Eierhandel in der Stadt Karlsruhe.
Mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe und nach Vollziehung der Erklärung durch den Herrn Landeskommissar hier, die mit Erlaß vom 11. Juli 1925 erfolgt ist, wird hiermit aufgrund der §§ 87 a Pol. St. G. B., 15 der Gesundheitsverordnung vom 23. Dezember 1908 folgende ortspolizeiliche Vorschriften für die Stadt Karlsruhe erlassen:

1. Die zum Handel bestimmten Eier werden nach Maßgabe der §§ 2—8 dieser Vorschrift als:
 1. Feinfeier (frische Landeier),
 2. inländische Eier (keine Feinfeier),
 3. ausländische Eier,
 4. konservierte Eier,
 5. Feinfeierunterteilt.
- Die Behälter, in denen die Eier feilgehalten oder verkauft werden, haben hiernach in deutlich lesbarer Schrift die Bezeichnung der einzelnen Eierarten zu tragen.
2. Feinfeier (frische Landeier) sind nur diejenigen unbeschmutzten, inländischen Eier, die höchstens acht Tage alt und von hervorragender Beschaffenheit und Frische sind.
3. Als inländische Eier sind ältere inländische, nicht konservierte Eier zu bezeichnen.
4. Ausländische Eier sind die aus dem Auslande bezogenen, nicht konservierten Eier. Ihre Herkunft ist beim Verkauf durch deutliche Schrift anzugeben (italienische, ungarische, steiermärkische Eier usw.). Sie dürfen als frisch oder ähnlich nicht bezeichnet werden.
5. Konservierte Eier inländischen oder ausländischen Ursprungs sind solche Eier, welche durch besonderes Verfahren, z. B. Aufbewahren in Küchlein, Eintauchen in Kaltwasser oder Wasserglas, Überziehen mit Harzen, Wachstoffen, Fett, Öl oder dergl., vor dem Verderben bewahrt werden. Das Konservierungsmittel ist beim Verkauf anzugeben („Küchlein“, „Käse“, „Wasserglas“, usw.).
6. Feinfeier sind beim Verkauf und bei der Lagerung ausdrücklich als solche, d. h. als minderwertige und nur bedingt taugliche Eier zu bezeichnen.
7. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden an Geld bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 24. Juli 1925. O. J. 106
Bekanntmachung. — Polizeidirektion B. B.338

Verwaltungsassistent gesucht.
Bei der Stadtverwaltung Radolfzell ist die Stelle eines **Verwaltungsassistenten** sofort neu zu besetzen. Der Stelleninhaber hat die für einen Verwaltungsassistenten in Betracht kommenden Arbeiten der Verwaltungsstaftreiber zu besorgen. Die Anstellung erfolgt nach Gruppe V. Schriftlich und Besichtigung der Schreibanstalt und unerlässliche Bedingungen.
Radolfzell, den 23. Juli 1925.
Gemeinderat.

Einladung
zu einer außerordentlich **Hauptversammlung der Gemeinnützigen Bauernschaft der Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen am Freitag, den 31. Juli 1925, abends 8 1/2 Uhr** im Klubzimmer des Friedrichshofs, Karlsruer Friedrichstraße 28.
Tagesordnung:
Aufhebung der Genossenschaft.
Karlsruhe, 25. Juli 1925.
Der Vorstand:
Hof. Schillingen.

Detektiv u. Privat-Argus
"Monnch" O. G. 6.
Planke 17
Fernspr. 3503
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Güterrechtsregister.
Breiten. B.549
Güterrechtsregister eintrag Band II Seite 85: Effenmann, Karl, Landwirt in Ruit, und Anna geb. Bülger, Vertrag vom 7. Juli 1925. Gütertrennung. Breiten, 16. Juli 1925. Amtsgericht.

Bühl. B.819
Güterrechtsregister eintrag Band I Seite 7: Ratz, Rüd., Landwirt in Steinhoch, und Helene geb. Biegler ebenda. Durch Vertrag vom 6. Juli 1925 ist Gütertrennung nach B. G. B. bewirkt.
Wiesb., 21. Juli 1925.
Bad. Amtsgericht II.

Mannheim. B.944
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde am 24. Juli 1925 eingetragen:
Unter O.-J. 847: Otto Günther, Kaufmann, Mannheim, und Emma geb. Reith dafelbst. Vertrag vom 10. Juli 1925 Gütertrennung.
Unter O.-J. 848: Otto Scheurer, Kaufmann, Mannheim, und Magdalena geb. Ratz dafelbst. Vertrag vom 14. Juli 1925 Gütertrennung.

Unter O.-J. 849: Wolf Otto Bücher, Kaufmann in Mannheim, und Anna Valeria geb. von Marggraf dafelbst. Vertrag vom 20. Juli 1925 Gütertrennung.

Unter O.-J. 350: Engelbert Klausmann, Uhrmacher in Mannheim, und Mathilde Frieda Schatz dafelbst. Vertrag vom 15. Juli 1925 allgemeine Gütergemeinschaft. Vorbesitzgut der Frau ist im Vertrag bezeichnetes Vermögen, ferner alles, was sie unentgeltlich unter Lebenden oder von Todeswegen erwirbt.
Bad. Amtsgericht.